

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Kurs für Adressänderung: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 5.— M. bei Familienangehörigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsangelegenheiten 25 % Zuschlag. Tagesblätter und Land- u. Hauswirtschaftliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "Erich & Reichardt" in Dresden.
Polisch-Gaule 1068 Dresden.

Eine neue befristete Forderung Rollets.

Die „gefährliche“ Ausbildungsvorschrift für die Artillerie.

Berlin, 9. März. General Rollet hat unterm 27. u. M. dem Auswärtigen Amt folgende Mitteilung zugehen lassen: Am 9. Januar 1922 ist die Ausbildungsvorschrift für die Artillerie genehmigt worden, die u. a. vorschreibt, daß der Zweck der Ausbildung die Vorbereitung für den Krieg ist. Die Kommission sieht in einer solchen Vorschrift eine Verletzung des Art. 160 des Friedensvertrages, in dem ausbedungen ist, daß das deutsche Heer nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt ist. Die Kommission nimmt Vermerk von dieser Verletzung und fordert ausdrücklich, daß die erwähnte Vorschrift bis zum 20. März aufgehoben und ihr bis zum letzten Zeitpunkt der amtliche Wortlaut der Aufhebungsvorgänge mitgeteilt ist. (B. T. B.)

Berlin, 9. März. In der vom General Rollet an die deutsche Regierung gerichteten Beanstandung der Ausbildungsvorschrift für die Artillerie schreibt die „Germania“: Das Reichskabinett habe zu den Forderungen noch nicht Stellung genommen. Die Militärkontrollkommission nehme zu Unrecht an, daß die Ausbildungsvorschrift an eine Offenbarung gebunden sei. Es sei lediglich die Möglichkeit eines Defensivkrieges ins Auge gefaßt worden. An einen Offensivkrieg denke in Deutschland kein erfahrener Mensch.

Amerikas Gründe für sein Fernbleiben von Genua.

Berlin, 9. März. In der Note des Washingtoner Kabinetts an die italienische Regierung über die Ablehnung einer Teilnahme an der Genua-Konferenz wird ausgeführt, daß das amerikanische Volk bereit sei, Europa zu helfen, daß es aber auch entschlossen sei, sich nicht unnötig in europäische politische Streitigkeiten verwickeln zu lassen, da der Charakter der Genuaer Konferenz nicht in erster Linie ein wirtschaftlicher sei. In dieser Hinsicht seien die Vereinigten Staaten veranlaßt durch die Feststellung, daß bestimmte Fragen vom Programm der Wirtschaftskonferenz ausgeschlossen wurden, ohne deren Behandlung und Regelung die Ursachen der wirtschaftlichen Störungen in Europa nicht beseitigt werden könnten. Die ausgeschlossenen Fragen, die in der Note nicht ausdrücklich aufgeführt werden, wurden dahin erklärt, daß sie umfassen: Anpassung der deutschen Reparationsverpflichtungen an die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, Durchführung einer europäischen Deflation, Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staatsbudgets als Voraussetzung einer Beschränkung des Notendrucks. Nach Ansicht des amerikanischen Kabinetts könne, solange diese Grundfragen der europäischen Wirtschaft nicht geregelt sind, eine finanzielle Hilfe Amerikas für Europa nicht wirksam werden. In Washingtoner amtlichen Kreisen nehme man an, daß die amerikanische Note Anlaß geben werde, das Programm der Konferenz zu revidieren und die Abhaltung der Konferenz aufzuschieben, um eine Angleichung an die amerikanischen Ansichten herbeizuführen. In der Note heißt es zum Schluß: Die Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten geht auch dahin — und sie ist dessen sicher, daß sie von den Regierungen, die die Kon-

ferenz einberufen, geteilt wird —, daß, solange man noch auf die Herstellung der unbedingt notwendigen Sicherheiten von Rußlands Produktivität wartet, auf die in der am 25. März 1921 veröffentlichten Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten hingewiesen wird, und ohne die, wie die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, jede Prüfung eines wirtschaftlichen Wiederauflebens wertlos ist, nichts unternommen werden sollte mit dem Ziel, in Rußland wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, vielmehr sollten die Hilfswirtschaften des russischen Volkes von einer derartigen Ausbeutung freigehalten werden, und eine unparteiliche und billige Möglichkeit zur wirtschaftlichen Betätigung sollte sowohl im Interesse des russischen Volkes, wie in dem aller Mächte sicherer gestellt werden. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch nicht glaubt, an der vorerwähnten Konferenz teilnehmen zu sollen, so glaubt sie doch, daß ein Fortschritt gemacht werden möge in der Bemühung des Zweckes für eine eventuelle Besprechung der Regelung der grundlegenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen des europäischen Wiederaufbaues, die zu einer Lösung drängen.

Der Ausschluß der Türkei von den Genuefer Verhandlungen.

London, 9. März. Im Unterhause erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, er sehe keinen Grund, die Entscheidung der internationalen Konferenz abzuändern, wonach die türkische Regierung zur Genuefer Konferenz nicht aufzufordern sei. (B. T. B.)

Amerika gegen eine Beschränkung der Unterseeboote.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 9. März. Dem „Matin“ zufolge nahm der Vorkonferenzbericht der Washingtoner Abrüstungskonferenz eine Resolution an, die sich gegen die Beschränkung der Unterseeboote ausspricht. Die große Unterseeboottenflotte sei für die Verteidigung der amerikanischen Küste unerlässlich. Wenn das Unterseeboot zu Zwecken verwendet werde, die nicht gegen die Gefühle der Humanität verstoßen, so könnten gegen seine Verwendung gegenüber Handelschiffen auch keine Einwendungen erhoben werden.

Der Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 9. März. Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz Calonder empfing heute die in Genf weilenden Pressevertreter, um ihnen einen längeren Vortrag über den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen und ihre Aussichten zu halten. Calonder wies darauf hin, daß die Verhandlungen in ihrer Schlußphase seien, aber noch verhältnismäßig lange dauern könnten angesichts der Schwierigkeiten, die die Herstellung des Vertrags bereite. Calonder stellte fest, daß in vier Punkten eine Einigung erzielt wurde oder noch zu erwarten sei, in anderen aber eine solche nicht erreicht werden würde. Infolgedessen würden die beiden Vorkonferenzmächte ihm bis zum 11. März noch bestehende Streitfälle unterbreiten. Falls eine Vermittlung dann scheitern würde, würde er den Schiedspruch fällen und zwar unter Einwirkung der Presse. (B. T. B.)

Graf Verchenfeld über seinen Besuch in Dresden.

Der bairische Ministerpräsident Hugo Graf Verchenfeld sprach sich gelegentlich seines hierigen Besuches einem Vertreter der „Dresdner Nachrichten“ gegenüber ungenügend befriedigt aus über seine in Dresden gewonnenen Eindrücke. Ein besonderes politisches Ziel habe ihn nicht begehrt, sondern lediglich der Wunsch, auch dem Verhältnis der Einzelstaaten untereinander die Vorteile des persönlichen Verkehrs und Meinungsanschauliches anzudeuten kommen zu lassen. Der politische Standpunkt des Grafen Verchenfeld läßt sich kurz dahin fassen, daß er bei allem Festhalten an den Grundgedanken seiner Partei doch die notwendigen Ausgleich der heutigen, so stark aufeinander playenden Gegensätze anstrebe. Klärten und abschleifen, verjähren und mildern, aber nicht reizen und verschärfen, das müsse die Parole eines weltlichen patriotischen Staatsmannes in den gegenwärtigen Zeitläuften sein. Ueber den augenblicklichen Stand der Koalitionsfrage in Bayern hatte der Ministerpräsident noch keine nähere, über die letzte Zeitungsmitteilung vom Scheitern der Koalition durch die Abgabe der Demokraten hinausgehende Information.

Was das Verhältnis zum Reich betrifft, so seien auch auf diesem Gebiete die Bemühungen des Grafen Verchenfeld, die Behandlung der einschlägigen Fragen in ruhige Bahnen zu lenken, dank der persönlichen Aussprache der leitenden Männer von Erfolg gekrönt gewesen. Der bundesstaatliche Gedanke hat, wie Graf Verchenfeld mit Bestimmtheit feststellt, unverkennbare Fortschritte auch in anderen Bundesstaaten gemacht, und zwar zum Wohle des Reiches. Mit irgendwelchen separatistischen Bestrebungen will aber die überwältigende Mehrheit des bairischen Volkes nichts zu schaffen haben, sondern Bayern steht fest und treu zum Reich und lehnt die Treiberrollen einzelner Querschnitte, die politisch einflußlos sind, unangelegentlich ab.

Die Ernährungsfrage berührte der Ministerpräsident ebenfalls und machte dabei die erfreuliche Mitteilung, daß Bayern, vorbehaltlich der Befriedigung seines eigenen Bedarfs, durchaus bereit sei, seinen erheblichen Ueberfluß an Sachen abzugeben. Ueber das Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Bayern äußerte sich Graf Verchenfeld in bemerkenswerter Weise dahin, daß es erträglich sei und jedenfalls nicht den Charakter eines Kampfes bis aufs Messer aufweise. Zum Schluß betonte Graf Verchenfeld dann nochmals das Gute, das ein reger persönlicher Verkehr der leitenden Männer im Reich und in den einzelnen

Bundesstaaten zur Folge habe. Dieser Auffassung wird man durchaus beistimmen und dem Wünsche Ausdruck geben müssen, daß derartige amtliche Besuche zwischen dem Norden und Süden unseres Vaterlandes recht oft wiederholt und zu einer künftigen politischen Einrichtung genutzt werden möchten.

Von der Konferenz der alliierten Finanzminister.

Paris, 9. März. Die Agentur Havas berichtet, im Laufe der heutigen Beratungen hätten die alliierten Finanzminister als Verhandlungsgrundlage das Memorandum angenommen, das der französische Finanzminister der Konferenz unterbreitete. Sie hätten jedoch Vorbehalte hinsichtlich der meisten aufgeworfenen Fragen gemacht. Sie erklärten, daß die vorausgesetzte französische Regierung, sei es im Dezember in London, sei es im Januar in Cannes, Verpflichtungen übernommen habe, obwohl damals kein Text angenommen worden sei, betrachten die Alliierten die französische Regierung wenn nicht juristisch so doch moralisch für verpflichtet, dieses Abkommen zur Ausführung zu bringen. Sie seien der Ansicht, daß, wenn man sich für die juristischen Standpunkte stelle, man notwendigerweise auf das Abkommen von Spa zurückgreifen müsse, das Frankreich weniger günstig sei, als die nachträglich erfolgten Abmachungen. Tatsächlich hätte die französische Regierung in zwischen vorteilhaftere Bedingungen hinsichtlich des Anleihepreises der Kohle, der Zuckerverkäufe nach dem Abkommen von Wiesbaden usw. erlangt. Unter diesen Bedingungen scheine es, so berichtet Havas weiter, daß angesichts der von der Regierung Irland übernommenen Verpflichtungen die wesentlichen das überschreiten, was man ihm ursprünglich zugesprochen habe, der Finanzminister der Kaiserliche sich jetzt damit abfinden müsse, von seinen Kollegen Abänderungen von Einzelheiten oder eine teilweise Revision der in Cannes angenommenen Resolution zu erlangen. Ueberrassend handelte es sich bei den aufgeworfenen Fragen nur um einige 10 Millionen, die die Verganzenheit betrafen. Die große Sorge des Finanzministers aber sei, für die Zukunft neue Grundlagen zu schaffen, um für eine allgemeine Zahlungsplan Deutschlands neue effektive Garantien zu erhalten. Im Laufe der Beratungen hätten die alliierten Finanzminister Gelegenheit gehabt, die ersten und weitgehenden Probleme anzuschneiden. (B. T. B.)

Um die Zukunft des Memellandes.

Von Graf E. v. Redtke.

Über 700 Jahre ist es her, seit die Ritter vom Deutschen Orden als erste Pioniere abendländischer Kultur in die unwegsame, fast unbewohnte Wildnis kamen, in die Länder, die das heutige Litauen und Kurland bilden. Sie schufen in kurzer Zeit ein wohlhabendes, aufblühendes Land und gründeten vor 700 Jahren Memel, die Hafenstadt am Kurischen Haff. Durch all die Jahrhunderte ist der Memelland seither deutsch geblieben, mit deutschem Schwert und deutschem Blut gegen den Ansturm der slawischen Nachbarn behauptet, hat Stadt und Memelland in guten wie in bösen Tagen treu zur deutschen Sache gehalten und als äußerster Vorposten des Deutschen Reiches noch in unseren Tagen alle Not der Flusszeit willig auf sich genommen, als zu Beginn des Krieges die Herrschaften des Ostens in deutsches Geleit einbrangen. 700 Jahre lang, d. h. soweit die Geschichte des Memellandes überhaupt zurückverfolgt werden kann, war es deutsch — bis auch hier der unglückliche Ausgang des Krieges eine läche Wendung herbeiführte. Die Entente, die in bewußtem Gegensatz zu ihren mit so großem Pomp verkündeten Kriegszielen — Selbstbestimmungsrecht der Völker — in Litau und Polen, in Südrußland und Böhmen, in West- und Ostpreußen wie in der Sudmark und zuletzt in Oberschlesien deutsches Volk wie Ware verschleppte, wollte natürlich auch Memel, dieses äußerste Ende deutschen Landes, nicht bei Deutschland lassen. Und weil man aus der Geschichte des Landes auch mit dem besten Willen keinen irgendwie berechtigten Anspruch der Nachbarn erfinden konnte, so bestimmte man in Artikel 19 des sogenannten Friedensvertrages ganz einfach: „Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Ansprüche und Rechte auf das Memelgebiet und erkennt im voraus die Entscheidungen an, welche diese über das Land treffen werden“. Damit schied den Männern in Versailles die Hauptsache getan: Deutschland war wieder um ein Stück Landes und um einige zehntausend treuer Volksgenossen ärmer. Was aber weiter mit dem herrenlosen Lande geschehen sollte, darüber wußte von Anfang an niemand einen Rat. Zuerst begnügte man sich damit, ein Provisorium zu schaffen; man errichtete eine autonome Verwaltung unter fremder Militärhoheit — zwei sich gegenseitig ausschließende Begriffe —, legte eine französische Besatzung nach Memel und gab alles übrige der Zukunft anheim.

Anfangs war man sich weder in Frankreich noch in England über die im Memelland zu lösenden Fragen klar. Mit welchen Vorkehrungen die Schöpfer des neuen Europa auch hier an ihre Arbeit gingen, zeigt die Tatsache, daß der erste französische Gouverneur von Memel, General Odra, sich einen — polnischen Dolmetscher mitbrachte; der dort natürlich niemals in Tätigkeit getreten ist, weil im ganzen Lande kein Mensch polnisch versteht. Und doch hat die polnische Unerschlichkeit kein Mittel unversucht gelassen, das Memelland, mit dem Polen niemals etwas zu tun gehabt hatte, „zurückzugewinnen“. Auch in Litauen merkte man sehr bald, daß ein günstiger Wind wehte, und alsbald setzte in Paris und London, vor allem aber im Lande selbst, die mit litauischen Staatsgebern reichlich genährte Propaganda ein. Was in den vergangenen drei Jahren auf diese Weise an Fälschungen, Verdrehungen und — Dichtungen geleistet worden ist, kann sich in Ehren sehen lassen neben den Erzeugnissen der Völkerverleumdung, die wir in anderen Grenzländern erleben mußten. Leider hat ein Teil davon seinen Weg auch in die deutsche Presse aller Länder und selbst Deutschlands gefunden und das Deutschland im hartbedrängten Memelland schwer geschädigt. Deshalb ist nötig, vor allem festzuhalten: als die Deutschritter in dieses Gebiet kamen, fanden sie überhaupt keine nennenswerte slawische Bevölkerung vor; Polen sowohl wie Litauer wohnten weit, weit jenseits der späteren deutschen Grenzen. Das Volk im Memelland ist deutsch seit 700 Jahren, ist deutsch geblieben in allen Stürmen der Zeiten und will es bleiben. Von litauischer Seite wird behauptet, daß die Bevölkerung „mindestens zur Hälfte“ litauisch sei und den Anschluss an Litauen wünsche. Bei diesen fälschlichen Vorposten des Nationalismus und des benachbarten litauischen Gebietes auch nur flüchtig gesehen hat, wird ausgeben müssen, daß das deutsche Memelland mit dem slawischen Osten tatsächlich nicht gemein hat. Erst vor wenigen Monaten hat das Volk des Memellandes wieder ein treues Bekenntnis zum Deutschstum abgelegt: bei der Abstimmung um die Errichtung litauischer Schulen stimmten nur 1,8 v. H. der Bevölkerung für die litauische Unterrichtssprache.

Trotz alledem denkt Litauen nicht daran, seine Ansprüche auf den Memelland aufzugeben, sondern arbeitet in- und außerhalb des Landes mit einer ebenbürtigen, wie zwecklosen Organisation für die Gewinnung des Gebietes, unterkräft von einer verhältnismäßig kleinen Minderheit im Lande, die unter dem Einfluß der großlitauischen Rhetoren nun plötzlich ihren Gegensatz zum Deutschstum erndet hat. Die überwiegende Mehrheit der Memelländer lehnt jedoch eine Vereinigung mit Litauen entschieden ab. Man weiß dort wohl, daß dies der Ruin des Landes wäre, daß durch Vergangenheit und Kultur mit Deutschland ungetrennt verbunden ist. Der gesamte Handel und Verkehr ist nach dem Westen orientiert, eine direkte Eisenbahnverbindung mit Litauen existiert bis jetzt überhaupt nicht. Ueberraschend weiß man auch im Memelland, daß die litauische Sehnacht einer sehr realen Grund hat: würde Litauen den Memelland erhalten, so wäre der Besitz dieses kleinen deutschen Kulturgebietes der härteste Vorposten in der litauischen Wirtschaft und sein Wohlstand könnte zur Deckung des litauischen 12-Millionen-Defizits dienen. Dasselbe haben wir ja bereits bei den deutschen Provinzen erlebt, die unter polnische Herrschaft kamen. Die Übergabe des Memel-